

Düsseldorf, 02.07.2021

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Abschluss dieser Plenarwoche beginnt in Düsseldorf die parlamentarische Sommerpause. Das heißt allerdings nicht, dass wir unsere Arbeit niederlegen. Stattdessen widme ich mich in den nächsten Wochen verschiedenen Themen in meinem Wahlkreis. Im Rahmen einer Tour durch alle Städte und Gemeinden werde ich verschiedene Unternehmen und Vereine besuchen. Natürlich wird dabei das Thema der COVID19-Pandemie auch bei diesen Terminen im Vordergrund stehen.

Während der Plenarwoche haben wir im Landtag den Verstorbenen der Corona-Pandemie gedacht. Die Corona-Pandemie hat viele Menschenleben gefordert. Großeltern, Eltern, Partner, Kinder, Freunde, Nachbarn, Kollegen und Bekannte haben in dieser Zeit ihre Liebsten und Nächsten verloren. Meist ohne einen letzten Abschied und ohne eine letzte innige Berührung. Die Gedenkstunde hat uns gemahnt, auch weiter für die Bekämpfung der Pandemie einzustehen und die Entschlossenheit verliehen, weiter alles daran zu setzen, dem gefährlichen Virus Einhalt zu gebieten. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Weitere Punkte aus der Düsseldorfer Plenarwoche:

Aus der Fraktion

Moderner Klimaschutz: NRW ist bis 2045 klimaneutral!

Der Landtag hat das Klimaschutzgesetz und das Klimaanpassungsgesetz für Nord-rhein-Westfalen verabschiedet. Die NRW-Koalition von CDU und FDP hat die Klimaziele im ursprünglichen Gesetzentwurf nach dem Urteil des Bundesverfassungsgesetz und der Neuregelung auf Bundesebene dabei noch einmal verschärft.

Nordrhein-Westfalen hat jetzt das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundes-länder und geht mit dem vorgezogenen Ziel der Klimaneutralität sogar über die EU-Vorhaben hinaus. Bis 2030 reduzieren wir die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 mit unseren Anpassungen nicht nur um 55, sondern sogar um 65 Prozent. Für 2040 ziehen wir mit einer Reduktion um 88 Prozent ein neues Zwischenziel ein. Und wir wollen bis 2045 statt bis 2050 klimaneutral sein. Wir gehen voran bei CO₂-Einsparung und Kohleausstieg, denn bis 2030 werden in NRW 13 von 16 Braunkohleblöcken abgeschaltet. Wir belegen Spitzenplätze in Deutschland beim Ausbau von Windkraft und Photovoltaik. Wir reden nicht nur, wir handeln. In der vergangenen Woche haben wir im Landtag weitere 100 Millionen Euro für die Förderung von Elektromobilität und moderne Technologie wie Photovoltaikspeicher freigegeben. Damit steht 2020 und 2021 insgesamt eine Summe von satten 550 Millionen Euro für Klimaschutz und Energiewende bereit.

Für eine verlässliche und faire Integrationspolitik in NRW

Die Landesregierung hat zwei Gesetze ins Plenum des Landtags eingebracht, mit denen Nordrhein-Westfalen das bundesweit modernste Integrationsrecht erhalten wird: das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz sowie die Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG). Beide Gesetze werden jetzt in den Fachausschüssen beraten. Als integrationspolitische Sprecherin der CDU habe ich den Prozess hin zu den Gesetzentwürfen eng begleiten können. Im Plenum habe ich beide Entwürfe gelobt:

Mit diesen beiden Gesetzentwürfen schaffen wir erneut mehr Verbindlichkeit in der Integrationspolitik. Menschen, die eine Zukunft in Nordrhein-Westfalen haben, wollen wir zielgenauer fördern und auf der anderen Seite Menschen ohne Bleibeperspektive zügig und transparent zurückführen. Das sind wir den Menschen, die in unserem Land Zuflucht und eine neue Heimat suchen, schuldig: Verlässlichkeit und Fairness.

Verlässlichkeit brauchen aber auch diejenigen, die vor Ort Zugewanderte auf ihrem Weg in die deutsche Gesellschaft begleiten. Für die kommunale Integrationsinfrastruktur und auch die Partner der Freien Wohlfahrtspflege schaffen wir durch die gesetzliche Grundlage langfristige Planungssicherheit – auch finanziell mit einer garantierten Mindestsumme von jährlich 130 Millionen Euro.

Insbesondere bei der Kostenfrage für die Aufnahme von Geflüchteten stellen wir uns mit der FlüAG-Novelle fest an die Seite der Kommunen, die die Hauptlast schultern. Die Pauschalen für die Unterbringung von Flüchtlingen werden angehoben, und auch bei den Geduldeten gibt es mehr Unterstützung vom Land – das ist es, was unsere Städte und Gemeinden brauchen, und wurde von den Kommunalen Spitzenverbänden sehr begrüßt.

Kommunale Gewerbesteuer ausfälle: Olaf Scholz muss handeln!

Olaf Scholz darf sich den Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände nicht verschließen, die massiven finanziellen Belastungen der Corona-Pandemie für unsere Städte und Gemeinden durch eine erneute Bundesbeteiligung bei der Kompensation der Gewerbesteuer für das laufende Jahr abzumildern. Olaf Scholz redet viel und gerne über finanzielle Entlastung für Kommunen. Aber wenn es konkret wird, wenn aus Worten hartes Geld werden soll, stehen die Kommunen plötzlich alleine und mit leeren Händen da. Es war gut, richtig und notwendig, dass Bund und Länder im vergangenen Jahr in einem fairen Lastenausgleich die coronabedingten Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen für das Jahr 2020 kompensiert haben. Aber die kommunalen Belastungen durch Corona-Pandemie dauern an! Daher stehen Bund und Länder erneut und gemeinsam in der Pflicht, diese Belastung von den kommunalen Schultern zu nehmen. Mit der geplanten einseitigen Verschiebung des Problems in die Haushalte der Länder, wie sie von Olaf Scholz angestrebt wird, stiehlt sich der Bundesfinanzminister aus seiner gesamtstaatlichen Verantwortung für die Bewältigung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie.

Auch Ratssitzungen digital oder hybrid ermöglichen

Wir wollen die Möglichkeiten für die Kommunalpolitik eröffnen, künftig neue und mehr digitale Formate anbieten zu können. Mit einem entsprechenden Antrag haben wir einen ersten Schritt dahin genommen: Mit unserem Antrag wollen wir die Erfahrungen aus der Pandemie nutzen und hybride Konzepte für Ausschuss- und Ratssitzungen sowie Abstimmungen erproben.

Die Corona-Pandemie hat vieles ins Rutschen, aber auch einiges ins Rollen gebracht. Die Digitalisierung gehört eindeutig zur zweiten Gruppe – und diese Chancen wollen wir jetzt für die Kommunalpolitik nutzen. Viele Ehrenamtliche vor Ort haben gelernt, digital oder hybrid zu arbeiten, und wollen dies dauerhaft tun. Darin liegt eine Chance für die Kommunalpolitik als Fundament unserer Demokratie: Es wird angesichts von Präsenzsitzungen bis in den späten Abend immer schwieriger, junge Menschen, Mütter und Väter, Angestellte oder Selbstständige für dieses Engagement zu begeistern. Wir brauchen aber die soziale Mischung in den Stadt- und Gemeindeparlamenten – und deshalb brauchen wir eine größere Vereinbarkeit des kommunalen Ehrenamtes mit Beruf, Ausbildung und Familie.

Neue Wege um „Ärzt hopping“ zu verhindern

Nordrhein-Westfalen will als erstes Bundesland die ärztliche Schweigepflicht bei einem Verdacht auf Kindesmisshandlung, -missbrauch und Vernachlässigung von Kindern lockern. Der Bund hat dazu jüngst mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz die Grundlage geschaffen. Eine Gelegenheit, auf die wir als NRW-Koalition lange gewartet und hingearbeitet haben. Am Donnerstagabend haben wir jetzt eine Änderung des Heilberufsgesetzes eingebracht.

Wir wollen Ärzten Rechts- und Handlungssicherheit geben, um Kinder vor Gewalt durch deren Erziehungsberechtigte zu schützen. Sie sollen künftig die Möglichkeit haben, sich beim Verdacht auf Missbrauch, Misshandlung oder Vernachlässigung mit Kolleginnen oder Kollegen auszutauschen. So schieben wir insbesondere dem Ärztehopping einen Riegel vor – denn viele gewalttätige Eltern wechseln häufig den Kinderarzt, um ihre Taten zu verschleiern.

Aus der Landesregierung

Kabinett beschließt Haushaltsplanentwurf 2022

Das Landeskabinett hat heute in Düsseldorf den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 beschlossen. Der Entwurf ist weiterhin durch die andauernde Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen geprägt. Der Etat mit einem Volumen von 87,5 Milliarden Euro wird nicht über das Niveau der letzten Finanzplanung 2019 bis 2023 vor der Corona-Pandemie ausgeweitet. Ausgenommen hiervon sind nur in Einnahmen und Ausgaben durchlaufende Posten im Landeshaushalt. Für den Haushalt ohne coronabedingte Sondereffekte sind keine neuen Schulden geplant.

Alles dazu online: [hier](#).

Klimaanpassungsgesetz und 15-Punkte-Offensive

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat für das bevölkerungsreichste Bundesland das bundesweit erste eigenständige Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Mit ein-dringlichen Worten ruft Umweltministerin Ursula Heinen-Esser zu einer umfassenden Klimawandel-Vorsorge auf allen Ebenen auf. Zur Umsetzung und Unterstützung bei der Klimafolgenanpassung hat das Umweltministerium eine 15-Punkte-Offensive erarbeitet.

„Mit fortschreitenden Klimaänderungen drohen große ökologische und ökonomische Schäden und nicht zuletzt Gefahren für Leib und Leben. Die zurückliegenden Jahre haben es deutlich gezeigt: Der Klimawandel ist Realität und vor unserer Haustür angekommen. Parallel zum Klimaschutz müssen wir daher mit aller Kraft die Widerstandsfähigkeit von Umwelt, Natur und Menschheit stärken. Das Klimaanpassungsgesetz ist ein wichtiger Schritt, mit dem wir den unabwendbaren Klimafolgen vorbeugen“, so Umweltministerin Ursula Heinen-Esser.

Die 15-Punkte-Offensive des Umweltministeriums enthält vielfältige Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzes und zur Unterstützung von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen.

Die wichtigen Bausteine sind in der [Pressemitteilung des MULNV](#) zu finden.

Alle aktuellen Informationen aus der Landesregierung gibt es auf der Internetseite der Staatskanzlei unter www.land.nrw/de/aktuelles-und-presse/pressemitteilungen-und-pressedatenbank. Die neuesten Änderungen im Bereich Corona finden Sie weiterhin auf den Seiten des Gesundheitsministeriums unter: www.mags.nrw.de.

Gerne stehe ich Ihnen jederzeit für Ihre Anfragen zu den Punkten und zu Ihren Anliegen zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen und bleiben Sie gesund!

Ihre und Eure

